

DAS ENDE VON "TEILE UND HERRSCHE"? | VON JOCHEN MITSCHKA

Posted on 24. November 2022

Ein Standpunkt von Jochen Mitschka.

Zu Beginn des Podcasts dieser Woche möchte ich eine junge deutsche Frau mit afrikanischen Wurzeln vorstellen, die aber durchaus stellvertretend für die Ansichten viele Menschen hier in Afrika sind. Sie wird uns noch einmal einen Friedensabschluss beleuchten, von dem viele, außer in dieser PodCast-Serie, vermutlich noch nicht gehört hatten. Dann kommt ein Bericht über einen ebenfalls übersehenen Krieg im Kongo und eine Analyse der Klimaschutzkrise aus Sicht des globalen Südens.

Der Stellvertreterkrieg der USA in Afrika

Martha Tesfamichael wurde 1979 in Köln geboren und absolvierte eine Ausbildung zur Diplom Medienwirtin. Sie arbeitet als ehrenamtliche Autorin für eine Fernsehstation am Horn von Afrika, hauptberuflich im sozialen Bereich. Sie legt Wert darauf, jede Information belegen zu können und setzt sich für eine unabhängige Region ein, ohne externe Einmischungen, Sabotagen und Regime Change. Sie ärgert sich über die in die Irre führende Berichterstattung über Afrika und versucht dagegen anzugehen.

Als Beispiel berichtete sie mir über einen im Frühling 2021 veröffentlichten 72-seitigen Report vom New Africa Institute mit dem Titel „*Desinformationen über Tigray: Wie Medien einen Konsenz herstellen, um einen Sezessionskrieg zu rechtfertigen.*“ (5) Er zeige anhand von Quellen aus dem Mainstream auf, dass dort über die Zusammenhänge und die regionale Dynamik am Horn von Afrika beste Kenntnisse vorliegen, diese in der täglichen Berichterstattung um den Konflikt aber nicht berücksichtigt werden. Viel wichtiger noch, Detailinformationen, die das Narrativ um den „Tigray Konflikt“ im Kern in Frage stellen, fänden keine Berücksichtigung.

So zum Beispiel fehle in den westlichen Medien die Information, dass die TPLF, als regierende Kraft in Äthiopien von 1991-2018, in der Verfassung von 1994 manifestierte, dass das Land entlang von ethnischen Linien verwaltet wird, und ab 1994 Grenzverschiebungen (inkl. Vertreibung / ethnische Vertreibung bis hin zu Tötungen) vorangetrieben wurden. Trotz vieler Warnungen, eine solche Verfassung könne Tür und Tor für ein Blutbad im völkerreichen Äthiopien öffnen, wurde sie umgesetzt und stehe heute im Fokus vieler

Äthiopier: Die Mehrheit spreche sich für eine Reform dieser Regelungen aus.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass in westlichen Medien das Narrativ verbreitet wird, dass Tigray mit der „Rebellenorganisation“ um Selbständigkeit kämpfe, und dies von der Regierung, welche die TPLF ablöste, mit Waffengewalt unterdrückt werde.

Für den aktuellen Konflikt, so Martha, sei aber wichtig zu wissen: West Tigray - ist historisch das Land der Amhara. Seit 1994 habe Tigray mit der Verschiebung der historischen Linie eine Westgrenze zum Sudan geschaffen, was wichtig für die weitere Entwicklung sei. Ab 1997 habe dann die TPLF innerhalb der „Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front“ (EPRDF), die sie dominiere, angefangen, neue Karten zu erstellen. Dieser Vorgang wurde von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) finanziell unterstützt. Aber durch diese neue Grenzziehung gehörte nun eritreisches Territorium plötzlich zu Tigray. Eine wichtige Stadt, Badme, das 15 km innerhalb von Eritrea liegt, und weiteres international als eritreisches Territorium anerkanntes fruchtbares und besiedeltes Ackerland (Gash-Barka) sollte plötzlich nicht mehr zu Eritrea gehören, berichtet Martha.

Ausgelöst durch diese neue Grenzziehung folgte dann von 1998 bis 2002 ein Krieg um Badme, zwischen Eritrea und Äthiopien. Durch die UNO wurde Badme 2002 offiziell Eritrea zugesprochen, allerdings wurde dieser Beschluss durch die USA zugunsten der TPLF unterminiert.

Es folgten Jahre des kalten Krieges in der Region, bis 2018 Abiy Ahmed Premierminister von Äthiopien wurde, und einen Friedensvertrag vorschlug. Es sollte das erste bilaterale Abkommen zwischen Äthiopien und Eritrea werden, dass dann zu einem Dreistaatenvertrag mit Somalia erweitert werden sollte. Entscheidend dafür, dass dies möglich war, könnte die Tatsache sein, dass zu dieser Zeit Trump Präsident war, der versuchte, sich aus afrikanischer Politik weitgehend fern zu halten. Martha erklärte, dass die TPLF jedoch eine sehr gute Beziehung zu den Eliten der „Demokratischen“ Partei in den USA habe, die auch öffentlich bekannt sei.

Allerdings brach dann im November 2020 wieder ein Krieg mit Äthiopien aus. Dieser führte zu einer Schlacht der Narrativen in den sozialen und Massen-Medien. Auf der einen Seite die Mehrheit der

Menschen in der Region mit ihren Sympathisanten, auf der anderen Seite der westliche Medienapparat und TPLF Sympathisanten, zum Beispiel in der o.g. Partei.

Die Mehrheit der Menschen am Horn von Afrika und in der #NoMore Bewegung in der Diaspora sagen laut Martha: Die TPLF kämpft einerseits um ihr eigenes Überleben und andererseits einen Stellvertreterkrieg für die USA. Analysten in der Region erklären: Neben der Ukraine, sei dies der zweitwichtigste Stellvertreterkrieg. Allerdings würden die USA nun durch den Friedensschluss mit der TPLF einen strategischen Partner in der Region verlieren. Die TPLF sei entscheidend dafür gewesen, dass die US-Agenda in der Region durchgesetzt werden konnte.

Die regionale Kooperation für Entwicklung und Sicherheit zwischen Äthiopien, Eritrea und Somalia sei in direkter Linie ein „Sicherheitsrisiko“ für die strategischen Interessen der USA als Weltmacht. Martha meint sogar, dass, falls das regionale Sicherheitskonzept (ohne externe Einmischung) in einem afrikanischen Land gelinge, d.h. von den Bevölkerungen in den Ländern getragen und verteidigt wird, Stimmen lauter werden, die eine endgültige Nichteinmischung in die afrikanischen Belange fordern werden. Also ein klassisches Domino-Horror-Szenario wie in Vietnam.

Auf die Frage, wie die Stellvertretertheorie belegt werden kann, verwies sie auf geleakte Video- und Audiotapes, also Zoommeetings zwischen US-Diplomaten mit führenden TPLF Mitgliedern, darüber, wie Äthiopien nach den Sturz von Abiy Ahmed verwaltet werden solle. Dann gebe es Audioaufnahmen, auf denen Mitarbeiter der UN-Außenstelle in Äthiopien, einem Journalisten gestehen, dass Dr. Tedros (WHO Chef und TPLF Mitglied) sich aktiv in die Angelegenheit einmischt. Und man wisse, dass der Hastag #TigrayGenocide am Tag des Kriegsausbruches gelauncht wurde, am 3. November 2020, als die TPLF mehrere nördliche Armeebasen in Tigray, koordiniert überfiel. Aber es gebe noch viel mehr Beweise, erklärte Martha.

Im Mainstream wird erzählt, dass die Ursache für den Krieg in Rivalitäten zwischen der TPLF auf der einen Seite und der regierenden Parteienkoalition mit Premierminister Abiy Ahmed und seiner Prosperity Party mit Eritreas Präsident Isaias Afewerki auf anderen Seite liege. Die TPLF spiele in dieser Erzählung die Rolle

der Rebellen, die sich angeblich aus dem Würgegriff der Zentralregierung befreien, und die Bevölkerung in Tigray vor einem geplanten Genozid retten.

In den Massenmedien wird behauptet, der Tigray Konflikt sei kein Stellvertreterkrieg, sondern sei wahlweise Bürgerkrieg oder ethnische Säuberung bzw. Genozid. Angeblich hätten sich Eritrea und Äthiopien seit 2018 verschworen, die Tegarü zu eliminieren. Eritreas Präsident habe aus alten Rachegefühlen den Krieg angezettelt und Äthiopiens Abiy Ahmed sich aus Schwäche in den Krieg eingebracht. Eritrea sei aktiver Kriegsteilnehmer und die Soldaten verübten einen Genozid in Tigray. Natürlich spielen wieder Geschichten von angeblichen Vergewaltigungen und Hunger als Waffe eine Rolle.

Martha sage mir dann: *„Ich würde an dieser Stelle gerne auf ein Phänomen eingehen, das in den letzten Jahrzehnten immer mehr Akzeptanz fand, da bei folgenden ‚afrikanische‘ Themen der Standard sogar noch tiefer ist: NGOs wie Amnesty International (AI) oder Human Rights Watch (HRW), die im Grunde ohne irgendwelche Beweise, Sendezeit bekommen und politische Instrumente wurden.“*

Sie weist darauf hin, dass es in diesem konkreten Fall angeblich das so genannte „Axum Massaker“ Ende November 2020 gab. Aber schlichtweg alles, was AI dazu geschrieben habe sei widerlegt worden. Was stark an die Geschichten der Bombardierung Libyens erinnert, die sich auch nachträglich als FakeNews herausgestellt hatten. Martha weist darauf hin, dass es Filmmaterial gebe, welches am 30. November Fernsehteams aufgenommen hatten, und worauf Menschen zu sehen sind, die ruhig aus der Kirche kommen, in der das Massaker stattgefunden haben soll, und gemütlich durch die Straßen flanieren.

Reuters allerdings verbreitete stattdessen „exklusiv“ Textnachrichten von TPLF/GoT, Debretsion Gebremichael, vom 29. November, also dem Tag, an dem das Massaker angeblich mitten in der Stadt stattgefunden haben soll. Er schrieb in der SMS, dass die TPLF außerdem ein Militärflugzeug abgeschossen und den Piloten gefangen genommen habe, und dass die Rebellen Axum zurückeroberten. Reuters veröffentlichte die Geschichte am 29. November und markiert diese Story mit dem Zeitstempel 12:40 Uhr. Das Fehlen von Leichen, so Martha, werde damit erklärt, dass Hyänen die Überreste, einschließlich der Knochen und Schädel, offensichtlich innerhalb einer Nacht, verspeist hätten.

Friedensvertrag von Pretoria

Über den Friedensvertrag hatte ich bereits in einem vorherigen PodCast berichtet. Martha berichtet nun, wie die TPLF und die Zentralregierung unter Vermittlung der Afrikanischen Union (AU) in Südafrika, erstmalig aufeinandertrafen. Vertreter der AU für das Horn von Afrika sei Präsident Olusegun Obasanjo (der ehemaliger Präsident der Republik Nigeria) gewesen. Er betreut die Friedensgespräche in Äthiopien. Er hat das Mandat vom Vorsitzenden der AU-Kommission, Botschafter Moussa Faki Mahamat. Die bisherigen Ergebnisse fasste Martha wie folgt zusammen:

- Dauerhafter Waffenstillstand
- Wiederherstellung der humanitären und weiteren Infrastruktur
- Entwaffnung der TPLF
- Aufstellung einer nationalen Armee
- Keine Verschwörung mit externen Kräften gegen die Zentralregierung
- Abzug aller fremden Truppen aus den Kriegsschauplatzen (Insbesondere aus Tigray)

Dabei habe sich der Mainstream beim Thema „*Abzug fremder Truppen*“ auf Eritrea konzentriert. Grund dafür dürfte die Region um Badme sein. Leider scheint es so, dass die TPLF mit Hilfe oder unter Druck der USA sich wieder aus dem Abkommen teilweise zurückziehen wolle.

Für die USA ist diese Region Afrikas von herausragender Bedeutung. Und bereits drei Sondergesandte wurden seit 2020 damit beauftragt, die US-Interessen dort zu vertreten. Es waren Jeffrey Feltmann, David Sattlefield und Mike Hammer. Das US-Außenministerium greife aktiv in die Meinungsbildung in der #NoMore Diaspora ein, indem Twitter, Facebook und natürlich die Massenmedien zensiert bzw. „*informiert*“ werden. Natürlich wurden Sanktionen gegen Äthiopien und Eritrea verhängt, und selbstverständlich keine gegen die TPLF. Letztere bedienen sich jedoch US-Militärflugzeugen, zum Beispiel um zu den Verhandlungen nach Pretoria zu fliegen. Und natürlich war ein US-Sondergesandter, Mike Hammer, ebenfalls vor Ort.

Martha weist darauf hin, dass bisher 500.000 bis 600.000 Tegarü starben. Soldaten wurden nach einem 10-

tägigen Training an der Front „verheizt“, oder Menschen sterben weil es an Medizin und Nahrung fehle. Aber Waffen gibt es genug. Vermutungen zufolge kommen die Waffen über die USAid Lieferungen zur TPLF. Einige wurden inzwischen auf dem Weg abgefangen, aber der größte Teil dürfte durchgekommen sein. Das sei der Trick mit dem freien Zugang von „humanitären Hilfsgütern“, die immer wieder von Samantha Powers gefordert werde, und die wir ja auch aus Syrien kennen. Inzwischen habe die Zentralregierung aber Kontrollpunkte eingerichtet, um den Schmuggel von Waffen, Munition usw. zu unterbinden.

Soweit das Gespräch mit Martha. Ann Garrison, eine unabhängige Journalistin, die u.A. für Greyzone arbeitet, schreibt darüber auf Twitter: *„Ich denke, es ist notwendig, zu den Ursprüngen dieses Konflikts zurückzugehen ... ein Angriff auf den Staat durch die TPLF ... gefolgt von Raketenabschüssen nach #Eritrea und in andere regionale Staaten von #Äthiopien . . .“* -Ann Fitz-gerald, @afitz3105“ Sie verweist auf einen englischsprachigen Podcast. (1)

(Quelle: Screenshot des Tweets von @AnnGarrison)

Demokratischen Republik Kongo

Aber es ist nicht der einzige Konflikt in Afrika, der die westlichen Mächte als „unabkömmliche Eliten“ auf den Plan ruft. Anfang November trafen sich die Außenminister der Demokratischen Republik Kongo (DRK), Christophe Lutundula Apala Pen'Apala, und Ruandas, Vicent Biruta, in Luanda (Angola), um eine politische Lösung für den seit Jahrzehnten andauernden Konflikt im Osten der DRK zu finden. Die Außenminister waren sich einig, dass der bei einem Treffen im Juli vereinbarte "Friedensfahrplan" umgesetzt werden muss. Angolas Präsident João Lourenço pendelte in seiner Rolle als "Krisenvermittler" der Afrikanischen Union zwischen dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame und dem Präsidenten der DRK, Félix Antoine Tshisekedi, hin und her. Auch hier „droht“ eine innerafrikanische Lösung die einstigen Herren abkömmlich zu machen.

Vijay Prashad, ein indischer Historiker, Redakteur und Journalist. schreibt darüber auf Globetrotter (2), dass die von Ruanda unterstützten M23-Rebellen ihre Angriffe in der DRK ausgeweitet hatten. Als

Vergeltungsmaßnahme habe daraufhin die DRK den ruandischen Botschafter Vincent Karega ausgewiesen. Die M23 habe mit Unterstützung ruandischer Truppen Kiwanja und Rutshuru eingenommen, zwei Städte in der Provinz Nord-Kivu der DRK. Ruanda argumentiert dem Autor zufolge, dass es die Demokratische Republik Kongo war, die gegen Vereinbarungen verstoßen habe, welche dann zum Wiederaufflammen der Kämpfe führten.

Im August sei aus einem vertraulichen aber durchgesickerten Bericht der Vereinten Nationen hervorgegangen, dass Ruanda die M23 unterstützt hatte. Für Ruanda sei es schwierig gewesen, die Details in dem Bericht zu dementieren, insbesondere nachdem der US-Botschafter Robert Wood, stellvertretender Beauftragter für besondere politische Angelegenheiten, vor dem UN-Sicherheitsrat erklärt hatte, seine Regierung fordere *"staatliche Akteure auf, ihre Unterstützung für diese Gruppen einzustellen, einschließlich der Unterstützung der ruandischen Verteidigungskräfte für die M23"*.

Die M23, so Prashad weiter, sei ein neuer Akteur in den Kriegen in den östlichen Provinzen der Demokratischen Republik Kongo, die seit den frühen 1990er Jahren andauern. In einem UN-Bericht vom August 2010 werden mehrere hundert gewalttätige Zwischenfälle in der DRK zwischen März 1993 und Juni 2003 aufgeführt, bei denen *"Hunderttausende, wenn nicht sogar Millionen von Menschen ums Leben kamen"*. Eine Schätzung, die auf Studien aus den Jahren 2000 und 2004 beruhten, gingen davon aus, dass seit 1998 mehr als drei Millionen Menschen in dem Konflikt ums Leben gekommen sind.

Im Juni habe die Demokratische Republik Kongo der Ostafrikanischen Gemeinschaft die Entsendung von Truppen in ihre östlichen Regionen erlaubt, solange das ruandische Militär nicht an der Intervention beteiligt ist. Aufgrund dieser Vereinbarung kamen Truppen aus Burundi und Kenia in den Ostkongo. Carina Tertsakian von der Burundi Human Rights Initiative sagte der Associated Press: *"Es ist keine Überraschung, dass Burundi das erste Land ist, das Truppen anbietet. Burundi ist eine direkte Konfliktpartei und kann daher nicht als neutraler Akteur betrachtet werden. Es scheint daher unwahrscheinlich, dass ihre Entsendung die Unsicherheit in der Region beenden wird."*

„Der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Republik Kongo, Martin Fayulu, sagte

kürzlich gegenüber der Deutschen Welle, dass er über die mangelnde internationale Aufmerksamkeit für diesen Konflikt besorgt sei. ‚*Die Ukraine hat ein Problem*‘, sagte er, und die breite Medienberichterstattung hat die Aufmerksamkeit der Welt darauf gelenkt. ‚*Wir haben ein Problem im Kongo, aber niemand verurteilt Ruanda. Warum?*‘. Vielleicht hat es mit dem Kobalt, dem Kupfer, dem Lithium und den Bäumen des Regenwaldes zu tun - wertvolle Ressourcen, die trotz des Gemetzels, das die Großen Seen Afrikas in den letzten 30 Jahren heimgesucht hat, vom Rest der Welt weiterhin ausgebeutet werden.“

Afrika und die Klimakrise

Man kann an die Klimakrise glauben oder nicht. Eines ist jedenfalls klar. Sie ist ein guter Vorwand, um Afrika davon abzuhalten eine Entwicklung wie Asien zu nehmen. Ich hatte in der Vergangenheit schon darauf hingewiesen, wie Politiker versuchen, Pipelines und Ausbeutung von fossilen Energieträgern zu verhindern, wenn die für die eigene Entwicklung der afrikanischen Länder dienen sollen, und nicht zum Export z.B. in die EU.

In meinem Buch „*Greta, Klima und Corona*“ (4) habe ich in einem Beispiel von „besonders lobenswerter Klimaschutz-Initiative“ dargelegt, wie westliche Unternehmer schamlos Menschen in Afrika in einen Schuldenkreislauf bringen, und ihnen dafür preislich völlig überhöhte Fernseher und Sonnenkollektoren mit Batterie andrehen, natürlich hergestellt in Asien, und dann auch noch die „*Entwicklung*“ nach außerhalb von Afrika verlegten.

Prabir Pukayastha, der Gründer der digitalen Medienplattform Newsclick.in hat dazu einen Kommentar (3) hinsichtlich der letzten Klimaschutzkonferenz COP27 in Sharm el-Sheikh geschrieben, der interessante Einblicke gewährt. Der Autor geht vom derzeit herrschenden Klimanarrativ aus und erklärt, dass die Zielsetzung nicht ausreichend sei. Lassen wir das einmal so stehen. Interessant ist seine Bemerkung hinsichtlich Kohle und Gas. Demnach wäre begrüßt worden, dass als Zwischenlösung Industrien von Kohle auf Gas umstiegen.

„Die schlechte Nachricht an der Methanfront ist, dass die Methanleckagen aus der Erdgasinfrastruktur viel höher sind, möglicherweise bis zu sechsmal höher - laut einer Studie der Stanford University vom März

2022 - als uns die fortgeschrittenen Länder mitgeteilt haben. Der hohe Methanausstoß bei der Erdgasförderung macht nicht nur alle Vorteile eines Umstiegs auf Erdgas als Zwischenbrennstoff zunichte, sondern verschärft sogar die globale Erwärmung.“ (3)

Der Autor erklärt dann, dass "sauberes" Erdgas möglicherweise drei- bis viermal schlechter als schmutzige Kohle ist.

Das Tragische an Methanlecks sei, dass sie mit der heutigen Technologie leicht zu erkennen und nicht sehr teuer zu beheben seien. Die Unternehmen haben jedoch keinen Anreiz, auch nur diese kleinen Schritte zu unternehmen, da sie sich auf ihre aktuellen Gewinn auswirken.

Der Zynismus der reichen Länder - der USA und der EU-Mitglieder - in Bezug auf die globale Erwärmung lasse sich an ihrem Verhalten im Ukraine-Krieg ablesen. Die Europäische Union habe einige ihrer Kohlekraftwerke wieder in Betrieb genommen und damit den Anteil der Kohle am Energiemix erhöht. Darüber hinaus habe die EU zynisch argumentiert, dass die Entwicklung von Öl- und Gasinfrastrukturen in Afrika in Ordnung sei, solange sie ausschließlich der Versorgung Europas und nicht der Nutzung in Afrika diene. Die afrikanischen Nationen müssten, so interpretiert der Autor die Politik, nach Ansicht der EU stattdessen nur saubere, erneuerbare Energie verwenden! Und natürlich müsse diese Energieinfrastruktur in den Händen europäischer Unternehmen liegen!

Der Schlüssel zum Übergang zu erneuerbaren Energien - der einzigen langfristigen Lösung für die globale Erwärmung, wie er meint - liege darin, einen Weg zur Speicherung von Energie zu finden. Während Wasser in großen Reservoirs gespeichert werden kann, ist dies bei Wind und Sonne nicht möglich, es sei denn, sie werden in Batterien in chemische Energie verändert. Oder sie werden in Wasserstoff umgewandelt und dann entweder in Tanks oder in natürlichen Speichern in geologischen Formationen, unter der Erde oder in Salzkavernen gespeichert.

Nach Darstellung der Probleme im Detail ist sein Fazit, dass die Kosten für den Bau solcher Mammutspeicher, die saisonale Schwankungen ausgleichen sollen, einfach unsere gesamten Lithiumvorräte (oder die Vorräte anderer Batteriematerialien) aufbrauchen werden. Was zu quasi

unerschwinglichen Energiekosten führen würde. Wenn man demnach nicht auf Atomkraft zurückgreifen will, müssen Alternativen zu Batterien gefunden werden. Er schließt mit den Worten:

„Der Widerspruch, der der globalen Erwärmung zugrunde liegt, ist die private Gier gegenüber den sozialen Bedürfnissen. Und wer finanziert einen solchen Übergang, die Armen oder die Reichen? Darum geht es auch bei der COP27, nicht nur darum, wie die globale Erwärmung gestoppt werden kann.“ (3)

Fazit

Die Menschheit soll sich einst aus Afrika in alle Welt aufgemacht haben. Wurde dann von den Zurückkehrenden erobert und immer noch ausgebeutet, und beginnt jetzt sich zu emanzipieren. Allerdings ist der Kampf noch nicht entschieden. Mit den USA, die in vielen Ländern Afrikas inzwischen militärische Vertretungen unterhalten, ist noch zu rechnen. Wenn sie eine Niederlage in der Ukraine hinnehmen müssen und dann auch gegen China nicht erfolgreich sind, werden sie alle Ressourcen gegen Afrika richten. Hoffentlich ist der Kontinent dann so weit, um sich dagegen zu wehren.

1. <https://twitter.com/AnnGarrison/status/1594407602607509504>
2. <https://go.ind.media/webmail/546932/1196639832/85eb78b406e8d1ab9b2f2a954e120422b1c606aec6a8ad6724306636d84d2326>
3. <https://go.ind.media/webmail/546932/1194410802/85eb78b406e8d1ab9b2f2a954e120422b1c606aec6a8ad6724306636d84d2326>
4. <https://www.politikchronist.org/index.php/shop/product/72-greta-klima-und-corona-paperback.html>
5. <https://blackagendareport.com/disinformation-tigray-manufacturing-consent-secessionist-war>

Weiterführende Links: Bericht über die katastrophalen Folgen der britischen Militärbasen in Kenia:

https://twitter.com/Jakob_Reimann/status/1592716895215845378

+++

Dank an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: shutterstock / Galyna Andrushko